

NIEDERSCHRIFT

über die 5. ordentliche Sitzung des Gemeinderates
am 07.10.2020 im Bürgersaal

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

Bgm. Mag. Martin Krumschnabel
Vbm Brigitta Klein
Vbm Mag. Hannes Rauch
StR DI Stefan Hohenauer
StR Werner Kainz
StR Walter Thaler
GR Harald Acherer
GR Reinhard Amort
GR Victoria Da Costa
GR Cora Dresch
GR Mag. Karin Eschelmüller
GR Alexander Gfäller-Einsank
GR Manfred Haslacher
GR Peter Marcher
GR Birgit Obermüller MA BEd
GR Mag. Dr. Klaus Reitberger MSc
GR Mag. Richard Salzburger
GR Horst Steiner
GR Dagmar Hölzl,
Vertretung für GR Susanne Thaler
GR Hermann Simon Huber,
Vertretung für GR Mag. Alexandra Einwaller
GR Mag. Stefan Pribylla,
Vertretung für StR Herbert Santer

StAD Mag. Helmut Kopp
Mag. Fiona Arnold
OAR Peter Borchert
VB Gerda Mitternöckler

Entschuldigt:

StR Herbert Santer
GR Mag. Alexandra Einwaller
GR Susanne Thaler

T a g e s o r d n u n g

1. Ansuchen um Verlängerung Fördervereinbarung FH/ISK bis 2025
Berichterstatter: GR Manfred Haslacher
2. Grundsatzbeschluss zur Lärmreduktion - Tempo 80 auf der Autobahn Kufstein
3. Antrag der SPÖ/Parteifreie vom 08.05.2019 betreffend der Befestigung eines Teils des Stadtparks für eine leicht pflegbare Eventfläche
4. Einvernehmliche Auflösung Pachtvertrag Forst und Personalübereinkommen Forstarbeiter mit der Stadtwerke Kufstein GmbH zum 31.03.2021
5. Sonstige dringende Tagesordnungspunkte
6. Anfragebeantwortungen
7. Weitere Anträge, Anfragen und Allfälliges

VERLAUF DER SITZUNG

Bürgermeister Mag. Martin Krumschnabel eröffnet die 5. ordentliche Gemeinderatssitzung und begrüßt alle Gemeinderatsmitglieder, die Zuhörer, die Vertreter der Presse und die Bediensteten.

Er stellt fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist.

Die Niederschrift der 4. Gemeinderatssitzung am 09.09.2020 ist fertiggestellt und von den Protokollprüfern unterfertigt worden.

Der Bürgermeister ersucht den Gemeinderat sich zur Verlesung des Nachrufes auf Johann Gogl zu erheben (Beilage I)

Zu Punkt 1) der Tagesordnung:

Der Berichterstatter, BE GR Manfred Haslacher, verliest den

B e r i c h t :

Gemäß der beiliegenden Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Kufstein und der Fachhochschule Kufstein Tirol Bildungs GmbH vom 31.03.2014 und des ebenfalls beiliegenden Ansuchens vom 15. Juni 2020 wird um Verlängern der Fördervereinbarung ersucht.

Beschlussantrag:

Über Vorberatung des Ausschusses für die Fachhochschule vom 08.09.2020 wird vom Stadtrat der Antrag an den Gemeinderat gestellt:

Dem Ansuchen der Fachhochschule Kufstein Tirol-Privatstiftung um Verlängerung der Fördervereinbarung wird stattgegeben und diese bis zum Jahr 2025 verlängert, sofern in allen betreffenden Dokumenten, alle in der Vereinbarung angeführten Teilgesellschaften getrennt angeführt werden.

Wortmeldungen von GR Mag. Richard Salzburger, dem Bürgermeister, OAR Peter Borchert

GR Mag. Richard Salzburger stellt fest, dass laut Bericht für vier Gesellschaften die Kommunalsteuer erstattet werden soll. Er fragt nach, ob das richtig ist und in welcher Höhe rückerstattet wurde.

Der Bürgermeister bejaht die Frage, bestätigt die Anzahl der Gesellschaften und spricht von einer Größenordnung von 68.000,--, die damals beschlossen wurde.

OAR Peter Borchert stellt richtig, dass es sich mittlerweile um ca. € 100.000,-- handelt.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um 50% der Kommunalsteuer handelt und dass somit mit dem Wachstum der Schule sich auch die Höhe der Summe erhöht.

GR Mag. Richard Salzburger erkundigt sich warum die Gesellschaften getrennt geführt werden.

OAR Peter Borchert erklärt, dass es einen Bericht der Bildungs-GmbH der Fachhochschule Kufstein gibt, dass man es einzeln auflisten möge und es nicht als Sammelsurium sehen soll, damit man genau weiß welche GmbH wieviel Kommunalsteuer entrichtet. Es wird dann entsprechend refundiert.

GR Mag. Richard Salzburger erklärt, dass sein Problem in dieser Sache die ISK ist, da ja hier das Lehrpersonal bekannter Weise vom Bund bezahlt wird. Es wurde heuer auch bei den Subventionen gekürzt und man sollte mit der FH sprechen, dass man sehr wohl unterstützt, aber vielleicht in abgeänderter Form.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich bei der ISK um eine Summe von € 1.500,-- pro Jahr handelt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: 20:1
(GR Mag. Richard Salzburger)

Zu Punkt 2) der Tagesordnung:

Der Berichterstatter, DI Stefan Hohenauer, verliest den

B e r i c h t :

Der (damalige) Umweltreferent des Heimatschutzverein Kufstein Dipl. Ing. Reinhold Mühlmann, hat mit Eingabe aus dem Jahre 2013 unter Bezugnahme auf einen Artikel der Tiroler Tageszeitung vom 19.12.2013 mit dem Betreff „Nadelöhr Kufstein - "entschleunigen!" diverse Verkehrsmaßnahmen für das Unterinntal und Umgebung und für Kufstein angeregt.

Obwohl diese Eingabe bereits im Umweltausschuss wie auch im Stadtrat behandelt wurde, wurde die in Rede stehende Eingabe von STR DI Stefan Hohenauer abermals aufgegriffen und in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Abfallwirtschaft thematisiert.

Der Ausschuss für Umweltschutz und Abfallwirtschaft hat daher in seiner Sitzung am 09.07.2020 folgende Empfehlung an den Stadt- und Gemeinderat der Stadt Kufstein mehrheitlich beschlossen:

1. Die Bürgerinitiative zum Thema Lärmreduktion entlang der Autobahn A 12 im Bereich Kufstein zu unterstützen.
2. Einen Grundsatzbeschluss zur Geschwindigkeitsreduktion (Tempo 80km/h für PKW und Tempo 60km/h für LKW auf der Autobahn A 12 von der Staatsgrenze bis Kufstein zu fassen.
3. Dieser Beschluss soll sodann an die Frau LH –Stv Ingrid Felipe weitergeleitet werden, sodass diese bei den zuständigen Stellen die notwendigen Beschlüsse zur möglichst raschen Umsetzung erwirken kann.

Beschlussantrag:

Über Vorberatung des Ausschusses für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 09.07.2020 und über Antrag des Stadtrates vom 05.10.2020 wird als Unterstützung der Bürgerinitiative zum Thema Lärmreduktion entlang der Autobahn A 12 im Bereich Kufstein vom Gemeinderat wie folgt beschlossen:

1. Es wird der Grundsatzbeschluss zur Geschwindigkeitsreduktion (Tempo 80km/h für PKW und Tempo 60km/h für LKW) auf der Autobahn A 12 von der Staatsgrenze bis Kufstein Süd gefasst.
2. Dieser Beschluss ist an Frau LH-StV Ingrid Felipe zur weiteren Veranlassung weiterzuleiten, sodass diese bei den zuständigen Stellen die notwendigen Beschlüsse zur möglichst raschen Umsetzung erwirken kann.

Über Zusatzantrag „Offenes Grünes Forum“ vom 07.10.2020 wird vom Gemeinderat beschlossen, dass alle notwendigen Schritte in der richtigen Reihenfolge unternommen werden um die Kufsteiner BürgerInnen, speziell in Zell, Morsbach und am Hippbichl, vor einer Lärm-Mehrbelastung zu schützen. Diese Schritte sollten in folgender Reihenfolge abgearbeitet werden.

1. Einwirken auf die ASFINAG und VertreterInnen der Landesverwaltung bzgl. einer Bauabnahme der Sanierungsmaßnahmen und der Erstellung eines Lärmgutachtens.
2. Erstellung eines unabhängigen Gutachtens (zusätzlich zur Lärmmessung der ASFINAG) welches die Planung und Umsetzung der getätigten Sanierungsmaßnahmen überprüft.
3. Beratung mit VertreterInnen der Landesregierung, Landesverwaltung und der ASFINAG über konkrete Verbesserungsmaßnahmen an den Lärmschutzwänden.
4. Bereitstellung eines Budgetpostens um sicherzustellen, dass zusätzliche Kosten von weiteren Verbesserungsmaßnahmen gedeckt werden können (gemäß Dienstanweisung BMVIT Oktober 2018; Lärmschutz an bestehenden Bundesstraßen, 5.4 „Projekte mit Kostenbeteiligung Dritter“).
5. Einbringung des Resolutionsantrages an die Landes- und Bundesregierung zur Verordnung von 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW auf der A12, zwischen Kufstein Nord und Kufstein-Süd.

Wortmeldungen von GR Victoria Da Costa, GR Birgit Obermüller BEd MA, Vbm. Mag. Hannes Rauch, StR Walter Thaler, Vbm. Brigitta Klein, GR Alexander Gfäller-Einsank, StR DI Stefan Hohenauer, GR Hermann Simon Huber, dem Bürgermeister, GR Horst Steiner

GR Victoria Da Costa verliert den dringlichen Zusatzantrag des OGF (Beilage II)

GR Birgit Obermüller BEd MA weiß, dass sie ursprünglich beim 1. Umweltausschuss abgelehnt hat. Mittlerweile hat sich die Sachlage aber verändert und beim zweiten Umweltausschuss war sie dann dafür. Sie ist der Meinung, dass man unqualifizierte Aussagen in den Medien, dass die Autos möglichst schnell an Kufstein vorbeifahren sollen, damit wenig Schadstoffe zurückbleiben, in Zukunft bitte lassen sollte.

Vbm. Mag. Hannes Rauch stellt fest, dass der Antrag so nicht umsetzbar ist. Wenn man 60 km/h und 80 km/h verordnen will gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder nach IG-Luft, wobei die Werte hier nicht überschritten werden, und dann sollte man den Antrag nicht an Frau LHStv. Felipe schicken, sondern geht es per Verordnung des Landeshauptmanns und ist er auch zuständig. Die zweite Möglichkeit eine Geschwindigkeit zu reduzieren wäre nach der Straßenverkehrsordnung und hier wäre Frau Ministerin Gewessler zuständig. Die Geschwindigkeit laut Straßenverkehrsordnung kann man nur reduzieren, wenn es ein Problem mit der Verkehrssicherheit gibt, auch das ist hier nicht der Fall. Des Weiteren gibt es sehr viele Untersuchungen, dass ein PKW, vom Motor her optimiert ist auf eine Fahrtgeschwindigkeit von 80 km/h. Man sollte schon wissen, dass, wenn man 60 km/h fährt, man einen erhöhten NO und NOx Ausstoß hat, was bedeutet, dass mehr Schadstoffe in Kufstein bleiben. Aus diesem Grund können sie diesem Antrag nicht zustimmen. Er hat mit der Salzburger Landesregierung telefoniert, die auf ihrer Stadtautobahn 80 km/h für PKW und 80 km/h für LKW haben. Es ist deren Meinung, dass 80/80 auch nicht ideal ist, weil man eine Geschwindigkeitsdifferenz von mindestens 20 km/h zwischen PKW und LKW braucht. Auf seine Anfrage, warum sie es dann nicht so durchführen, war die Antwort wieder die Schadstoffproblematik, wenn ein LKW mit 60 km/h fährt und damit die Anrainer viel mehr belastet. Man sollte auch nicht vergessen, dass wir die Vignettenbefreiung bekommen haben und es dann bedeuten würde, dass man über die Bundesstraße schneller fahren darf als auf der Autobahn. Auch gibt es keine Begründung, dass wir diese Geschwindigkeitsbegrenzung erlassen und dann die Kirchbichler und Langkampfer den Feinstaub wieder schlucken sollen.

StR Walter Thaler möchte sich inhaltlich seinem Vorredner anschließen. Es ist definitiv so, denn auf der Stadtautobahn in Salzburg ist seit der Geschwindigkeitsbegrenzung die Unfallquote stark gestiegen. Es ist auch richtig, dass ein LKW mit 60 km/h untertourig fährt und somit viel mehr Dreck zurücklässt. Auch sind die Arbeiten der ASFINAG noch nicht abgeschlossen und es wurde noch kein Flüsterasphalt, der für den Wert entscheidend ist, aufgetragen. Wenn nach den abschließenden Gutachten festgestellt wurde, dass es nicht in Ordnung ist, kann man reagieren, aber noch nicht jetzt. Es wäre sinnvoller, wenn wir uns gemeinsam mit der Fraktion des Bürgermeisters und dem Verkehrsausschuss den Kopf zerbrechen würden, wie es besser werden könnte. Jetzt macht man nur Schnellschüsse.

Vbm. Brigitta Klein bedankt sich bei GR Da Costa für den Zusatzantrag. Sie war selber bei den Gesprächen mit Frau LHStV. Felipe und es waren auch VertreterInnen der Bürgerinitiative für den Lärmschutz Zell/Morsbach anwesend. Dort wurde auch zugesagt, dass man noch den Flüsterasphalt auftragen und alles tun wird um eventuelle Schäden zu beheben. Sie findet es bedauerlich, dass nur wir uns anscheinend als Kufsteiner betrachten und Zell und Morsbach da nicht dazu gehört. Sie kann den Zusatzantrag vollstens unterstützen, denn es trifft dort die Anrainer und das jeden Tag und jede Nacht auch noch hinaus bis Endach. Alles was wir tun können, um es verbessern, müssen wir tun und es ist für uns total wichtig. Jede Maßnahme zählt, denn wir sind alle Kufsteiner/Innen.

GR Alexander Gfäller-Einsank stellt fest, dass es hier nicht um Schadstoffreduktion geht, sondern tatsächlich um die Lärmbelästigung. Er hat sich bei den Anrainern erkundigt und herausgefunden, dass das Problem bei der ASFINAG und den Lärmschutzwänden liegt. Wir werden den gewünschten Effekt nicht erreichen und der Flüsterasphalt hat auch irgendwann ausgeflüstert, denn er hat keine jahrlange Lebensdauer. Wenn man mit den Anrainern spricht, erfährt man, dass der Effekt nicht gut ist und die alte Lärmschutzwand besser war als die Neue. Er möchte auch keine baulichen Mängel voraussagen, aber er ist der Meinung, dass die ASFINAG hier in der Pflicht ist die Lärmschutzwand so zu errichten, dass auch ein richtiger Lärmschutz besteht. Er gibt hier aber StR Thaler recht, dass man erst nach Fertigstellung aller Maßnahmen über eine Geschwindigkeitsbegrenzung sprechen sollte. Er hat kein Problem mit 80 km/h, denn da würde man eine Minute länger fahren und die Schadstoffe sind hier nicht das Thema.

StR DI Stefan Hohenauer kann sich nicht erklären, wo die Zahlen herkommen. Die Statistik sagt etwas Anderes aus. Unabhängig davon entwickeln Kraftfahrzeuge Lärm und dieser Lärmunterschied ist immer der Gleiche. Wenn man einen Gewinn von 2,5 bis 3 Dezibel Differenz hätte, könnte man sie dazurechnen zudem was die ASFINAG erreicht. Defacto haben wir einen Lärmkataster von jetzt und nach dem Winter werden wir einen Lärmkataster vom neuen Zustand haben. Er fragt sich, wo geschrieben steht, dass wir in Kufstein nicht etwas Besseres machen dürfen, als die gesetzlichen Vorlagen es vorschreiben. Es wird eine kostenfreie Verbesserung durchgeführt und wir bekommen 2,5 bis 3 Dezibel Verminderung und er versteht nicht was man da dagegen haben kann. Es geht um 3 Kilometer und ist hier der Schadstoffausstoß vernachlässigbar. Wenn man in dem Bereich spazieren geht, hört man ganz genau wie laut das Reifengeräusch ist und wenn man langsamer fährt, ist es dort einfach leiser. Betreffend die erwähnte Unfallstatistik möchte er festhalten, dass bei einer Verringerung von 20 km/h sich die Anzahl der Schwerverletzten halbiert und die Anzahl der Toten um 60% verringert. Das ist die richtige Statistik die in diesem Fall anzuwenden ist. Er sieht sich als Politiker der Stadt Kufstein verantwortlich für die Morsbacher und Zeller, dass sie es einfach leiser haben. Natürlich darf die ASFINAG nicht aus der Pflicht genommen werden und sind sie verpflichtet, es baurichtig umsetzen. Dem Antrag von GR DA Costa ist auf jeden Fall zuzustimmen.

GR Hermann Simon Huber ist überrascht, dass der Gemeinderat Kufstein Verordnung erlassen und die ASFINAG belehren kann. Er möchte in der Historie zurückgehen und stellt fest, dass wir in Kufstein bei den Entscheidungen kein Problem mit Zahlen, Daten und Fakten, sondern von Intelligenz und Haftung. Er erinnert sich, als er 1978 bei der Asphaltierung der Inntalautobahn das erste Mal einem Bürgerkomitee beigetreten wegen Lärmverminderung beigetreten ist. Damals war das Verkehrsaufkommen lärmtechnisch wesentlich schlimmer als jetzt auch der Schadstoffausstoß und die Rollgeräusche auf Asphalt waren höher. Es wurde immer besser und man sollte auch die Realität sehen, wir sind im Grenzstaugebiet und man steht 80 Minuten und fährt nicht 80 km/h mit einem LKW. Die Differenzgeschwindigkeit betreffend möchte er erinnern, dass hier ein LKW-Überholverbot herrscht. Wenn dann 80/80 und nicht 80/60. Man sollte abwarten bis die Maßnahmen der ASFINAG wirklich greifen und dann noch einmal darüber diskutieren. Im Winter wird es in Kufstein aufgrund der Stausituationen wieder ein Luftproblem geben. Emission ist für ihn das wichtigere Thema als Immission, darum findet er diese Maßnahme zurzeit nicht besonders klug. Er ist der Meinung, dass das Bundesministerium es von sich aus jederzeit erlassen könnte, er vertraut hier auf die Obrigkeit. Wenn man es jetzt verordnet, greift es bei den anschließenden Lärmmessungen über die ASFINAG-Maßnahmen und da wäre es schon besser die Fertigstellung abzuwarten und dann zu messen.

Der Bürgermeister stimmt dem nicht zu, denn er fährt auch öfters auf der Autobahn und natürlich haben wir Verkehr. Wenn die LKW mehr stehen als fahren, dann ist es vielleicht überflüssig, aber es kostet uns auch nichts. Dass es an LHStV. Felipe adressiert ist, ist kein Versehen, denn sie hat zugesagt, wenn es einen Beschluss des Kufsteiner Gemeinderates gibt, sich im Ministerium für eine Umsetzung einzusetzen. Wenn es einer grünen Landesrätin gemeinsam mit einer grünen Ministerin nicht gelingen sollte, würde er zweifeln und geht er daher davon aus, dass es funktioniert. Dass es zu leise wird, braucht man nicht befürchten. Einen Rückbau der ASFINAG brauchen wir auch nicht befürchten, da es ein Grundsatzprojekt gibt, das alle Normen in Österreich einhält. Wenn man die Normen für zu wenig streng hält, wäre auch wieder Frau Ministerin Gewessler zuständig, diese Normen zu verbessern. Es hat zu dieser gesetz erfüllenden Variante eine bessere und teurere Variante gegeben und auch die hat das Ministerium bewilligt. Wenn man jetzt noch zusätzlich eine Reduktion durch Geschwindigkeitsreduktion erreichen könnte, wüsste er nicht warum wir es nicht nach Wien schicken sollten. Er wäre schön, wenn der Kufsteiner Gemeinderat hier einstimmig hinter den Kufsteiner Bürgern steht und nicht nur die knappe Mehrheit, denn er sieht keinen Nachteil und versteht nicht, warum wir eine Chance nicht wahrnehmen.

GR Alexander Gfäller-Einsank gibt GR Huber recht, dass die Lärmschutzmessungen noch mit der PKW 100 km/h und LKW 80 km/h Begrenzung stattfinden müssen, damit die Maßnahmen auch wirklich richtig gemessen werden. Das möchte er kurz festhalten, bevor er diesem Beschluss zustimmt.

Der Bürgermeister sieht darin kein Problem, denn auch wenn es heute beschlossen wird, glaubt er nicht, dass es bereits nächste Woche eine Verordnung gibt.

GR Horst Steiner erinnert, dass er im Jahr 2012 den Antrag auf Lärmmessung im Stadtbereich von Kufstein gestellt hat. Es hat fast 6 Jahre gedauert, bis die ASFINAG die Lärmmessung durchgeführt hat und die Ergebnisse kamen. Danach wurde mit dem Bau der Lärmschutzwand begonnen. Jetzt heißt es, es wäre lauter geworden. Es sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen und er würde vorschlagen dem Ganzen eine Chance zu geben eine fertige Arbeit zu beurteilen und nicht im Vorhinein bereits die Angelegenheit schlechtmachen. Dass der Lärm eine der größten Geiseln von Kufstein ist, ist uns allen seit vielen Jahren klar und wir sind aufgerufen alles zu tun, damit der Lärm in Kufstein weniger wird und wenn zusätzlich zur Lärmschutzwand noch die Geschwindigkeitsbegrenzung, deren Umsetzung sicherlich geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, kommt, haben wir viel für unsere Bevölkerung getan. Die Presse hat uns mitteilen lassen, dass jeder Gemeindepolitiker der sich gegen diese Geschwindigkeitsbeschränkung wehrt, in der Politik nichts verloren hat.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis Hauptantrag: 13:8
(ÖVP, FPÖ)

Der Bürgermeister will über den Zusatzantrag abstimmen lassen, es ergeben sich weitere Wortmeldungen.

GR Horst Steiner weiß, dass der Zusatzantrag verlesen wurde, würde ihn aber gerne noch einmal selber lesen, bevor er darüber abstimmt, da er nicht alles verstanden hat.

GR Hermann Simon Huber fragt zur Geschäftsordnung, um was für einen Antrag es sich hier eigentlich handelt.

Vbm. Mag. Hannes Rauch zur Geschäftsordnung, ist ebenfalls verwundert, da der von seiner Fraktion in der vorletzten Sitzung eingebrachte Antrag anscheinend nicht rechtens war.

Der Bürgermeister erklärt, dass jeder Mandatar in der Sitzung zu jedem Antrag einen Abänderungsantrag oder Zusatzantrag stellen kann. Der Antrag der Fraktion von Vbm. Mag. Rauch war betitelt als Zusatzantrag, war aber inhaltlich ein Abänderungsantrag, da sie etwas Anderes wollten. Heute wird der Hauptantrag ergänzt durch den Zusatzantrag des OGF. Der Zusatzantrag der ÖVP, der das Gegenteil vom Hauptanteil wollte, war kein Zusatzantrag. Deshalb werden Zusatzanträge auch nach dem Hauptantrag abgestimmt und nicht vorher.

Abstimmungsergebnis Zusatzantrag: 13:8
(ÖVP, FPÖ)

Zu Punkt 3) der Tagesordnung:

Der Berichterstatter, StR DI Stefan Hohenauer, verliest den

B e r i c h t:

Die Fraktion SPÖ/ Parteifreie hat in der Gemeinderatssitzung am 08.05.2019 einen dringlichen Antrag betreffend der Befestigung eines Teiles des Stadtparkes für eine leichtpflegbare Eventfläche gestellt.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Abfallwirtschaft am 09.07.2020 behandelt.

Weil in der Gemeinderatssitzung zuvor die Umsetzung zur Gestaltung des Stadtparkes mehrheitlich beschlossen wurde, hat der Ausschusses für Umweltschutz und Abfallwirtschaft die inhaltliche Behandlung des dringlichen Antrages einstimmig abgelehnt.

Beschlussantrag:

Über Vorberatung des Ausschusses für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 09.07.2020 und Antrag des Stadtrates vom 05.10.2020 wird vom Gemeinderat beschlossen:

Der dringliche Antrag der SPÖ/ Parteifreien vom 08.05.2019 betreffend die Befestigung eines Teiles des Stadtparkes für eine leichtpflegbare Eventfläche kann auf Grund der zuvor vom Gemeinderat beschlossenen Umsetzung zur Gestaltung des Stadtparks inhaltlich nicht mehr behandelt werden.

Wortmeldungen von GR Alexander Gfäller-Einsank, dem Bürgermeister, GR Hermann Simon Huber

GR Alexander Gfäller-Einsank möchte sich an dieser Stelle beschweren, da laut TGO Anträge innerhalb von 6 Monaten zu bearbeiten und wieder dem Gemeinderat zuzuführen sind. Es ist jetzt zum wiederholten Male passiert und es dauert bis zu zwei Jahre, bis die Anträge wieder zurück in den Gemeinderat kommen. Er ersucht die Anträge bitte fristgerecht zu bearbeiten.

Der Bürgermeister gibt GR Gfäller- Einsank vollkommen recht, ersucht aber auch um Erinnerung im Falle einer zu späten Bearbeitung, denn es gibt sicher keine Gründe Anträge aus taktischen Gründen liegen zu lassen.

GR Hermann Simon Huber hält es für eine Frage für die Verwaltung, wie es sein kann und ob der Antrag von der Verwaltung verschlampt wurde. Wenn man sich den Stadtpark, der hervorragend gelungen ist, anschaut, sind zumindest Ideen von GR Gfäller-Einsank eingeflossen.

Der Bürgermeister erklärt, dass GR Gfäller-Einsank diesen Antrag an dem Tag stellte, an dem der Stadtpark beschlossen wurde. Es gab bereits eine fertige Planung und dann kam dieser Antrag.

GR Alexander Gfäller-Einsank stellt fest, dass seine Idee nicht eingeflossen ist, aber zum kleinen Teil haben wir Grünfläche dazubekommen, was ihn sehr freut. Aber auch wenn der Antrag schon beschlossen war, wäre eine Änderung leicht möglich gewesen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (21)

Zu Punkt 4) der Tagesordnung:

Der Berichtstatter, Bürgermeister Mag. Martin Krumschnabel, verliest den

B e r i c h t :

Mit Vereinbarung vom 06.04.2016 wurde der Forstbetrieb der Stadt Kufstein an die Stadtwerke Kufstein GmbH verpachtet.

Die Meinung fast aller Fraktionen hat sich in der Zwischenzeit dahingehend weiterentwickelt, dass die forstliche Nutzung des Kaisertales nur mehr in einem beschränkten Ausmaß erfolgen soll. Aufgrund einer vom Obmann des Land- und Forstausschusses Peter Hechenbichler geäußerten Idee, die noch bewirtschafteten Waldflächen im Kaisertal außer Nutzung zu stellen, hat der Bürgermeister im Einvernehmen mit den Stadtwerken Kufstein ein entsprechendes Gutachten in Auftrag geben lassen, um die Möglichkeiten einer solchen großflächigen Außer-Nutzung-Stellung des Kaisertales zu prüfen. Ein entsprechendes Gutachten der Firma Revital Integrative Naturraumplanung GmbH wurde nach ersten Vorgesprächen im Juli 2019 im Februar 2020 vorgelegt.

Der Bürgermeister ist mit den Stadtwerken nach Durchsicht des Gutachtens so verblieben, dass die dort geäußerten ökonomischen Argumente in den Hintergrund treten mögen, da aus ökologischer Sicht und aus Sicht des Klimaschutzes eine vorzeitige Einschränkung des Forstbetriebes wünschenswert erscheine. Zu diesen Anschlussgesprächen ist es bislang nicht gekommen.

In der Zwischenzeit hat sich jedoch eine politische Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer intensiven Waldnutzung im Kaisertal ergeben. Nachdem einem

Zeitungsbericht zu entnehmen war, dass sich die meisten Fraktionen vorstellen könnten, den Pachtvertrag mit den Stadtwerken aufzulösen, um diese geringfügigere Nutzung im Kaisertal zu ermöglichen, hat der Bürgermeister die Gelegenheit ergriffen, das beabsichtigte Konzept der Zurücknahme der Nutzung im Kaisertal vorzuziehen. Dementsprechend wird dem Stadt-und Gemeinderat bereits jetzt vorgeschlagen, den Pachtvertrag mit den Stadtwerken Kufstein über den gesamten Forst zum 31.03.2021 aufzulösen und gleichzeitig alles dafür zu tun, um die Rückführung des Forstbetriebes in die Stadt Kufstein organisatorisch durchzuführen, insbesondere auch das Personalübereinkommen aufzulösen und die Mitarbeiter zur Stadt zurückzuholen.

In weiterer Folgen soll die Forstabteilung angewiesen werden, die Waldnutzung auf das gesetzlich notwendige Maß zurückzuschrauben, ehe in weiterer Folge versucht wird, eine gänzliche Außer-Nutzung-Stellung mit allen behördlich notwendigen Schritten zu erreichen.

Die Rückführung des Forstbetriebes bedeutet, dass die durch Personalübereinkommen den Stadtwerken Kufstein zugeteilten Mitarbeiter wieder zur Stadt Kufstein zurückgeholt werden. Auch hier sind die organisatorischen Maßnahmen so in die Wege zu leiten, dass mit 01.04.2021 der Forstbetrieb wieder von der Stadt Kufstein über die Forstabteilung organisiert werden kann.

Beschlussantrag:

Über Antrag des Stadtrates vom 05.10.2020 wird vom Gemeinderat beschlossen:

Über Antrag des Bürgermeisters wird der mit der Stadtwerke Kufstein GmbH am 06.04.2016 abgeschlossenen Vertrag samt Zusatzvereinbarung vom 11.12.2017 über die Verpachtung des Forstbetriebes der Stadt Kufstein im Einvernehmen mit der Stadtwerke Kufstein GmbH zum 31.03.2021 aufgelöst und das zu diesem Zweck abgeschlossene Personalübereinkommen ebenfalls zum 31.03.2021 beendet sowie die Mitarbeiter wieder bei der Stadt Kufstein angestellt.

Bis 31.03.2021 sind alle organisatorischen Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Fortführung eines einschränkten Forstbetriebes mit möglichst geringer Nutzung im Kaisertal mit Wirkung ab 01.04.2021 zu gewährleisten.

Wortmeldungen von GR Mag. Richard Salzburger, GR Hermann Simon Huber, GR Alexander Gfäller-Einsank, GR Birgit Obermüller BEd MA, GR Victoria Da Costa, dem Vorsitzenden und StR Walter Thaler

GR Mag. Richard Salzburger möchte vorausschicken, dass sie diesen Antrag unterstützen werden. Er ist allerdings der Meinung, dass der Bericht aus seiner Erinnerung wenig mit den tatsächlichen Begebenheiten zu tun hat. Er möchte versuchen es chronologisch darzustellen. Es wurde Ende Mai in der Generalversammlung der Stadtwerke Kufstein der Verkauf einer Fläche von 500 ha an die Stadtwerke Kufstein besprochen. Diese Angelegenheit hätte im Gemeinderat beschlossen werden sollen, dazu kam es aber nicht mehr. Am 9. September des Jahres war in der Tageszeitung zu lesen, dass der Bürgermeister bedauert, dass

dieser Waldverkauf nicht zustande gekommen ist und man damit dem Budget schaden würde. 14 Tage später ist die Rede davon, dass schon seit Februar 2020 ein vom Bürgermeister in Auftrag gegebenes Gutachten vorliegt und aufgrund dieses Gutachtens der Bürgermeister dafür ist, den Pachtvertrag mit den Stadtwerken aufzuheben und den Forst zur Stadt zurückzuholen. Er versteht nicht, warum der Bürgermeister 2 Wochen vorher 500ha, was einem Drittel oder Viertel des Waldes entspricht, an die Stadtwerke verkaufen wollte. Für ihn passt das nicht zusammen. Es jetzt so darzustellen, als ob es immer schon so geplant gewesen wäre, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Im Bericht steht, über Idee von Peter Hechenbichler. Es gab intern zwei Gespräche in der diese „Außer-Nutzung-Stellung“ des Waldes mit einer Behörde diskutiert wurde, es wurde aber in keinem Gremium diskutiert. Das Peter Hechenbichler diese Diskussion in Rollen gebracht hätte, ist völlig unzulässig. Er fragt sich auch, warum Ende Mai, als der Verkauf des Waldes besprochen wurde und auch das Argument, dass man bei einem Verkauf keine Berufsjäger mehr brauchen würde, dieses Gutachten nicht zur Kenntnis gebracht wurde und man erst am 24. September aus der Zeitung das erste Mal davon erfahren hat. Er würde schon bitten, dass man hier bei der Wahrheit bleibt und die Fakten nicht allzu sehr verdreht, auch wenn das Ergebnis für ihn durchaus erfreulich ist.

GR Hermann Simon Huber ist erschüttert über das Ansinnen der Auflösung des Pachtvertrages mit den Stadtwerken und sieht es als Ausfluss daraus, dass man den Forst als Wichtigkeit für die Stadt nicht versteht. Was wirft man den Stadtwerken vor? Das Kaisertal gehört zu einem Teil der Stadt Kufstein. Es geht um die richtige Entscheidung, das Kaisertal teilweise „Außer-Nutzung“ zu stellen. Dazu möchte er erinnern, dass der rechte Teil des Kaisertales Richtung Bettelsteig, der Kufstein gehört, schon 1989 „Außer-Nutzung“ gestellt ist. Es wurde damals von ihm als Forstreferent gemeinsam mit Herrn Ing. Mühlmann veranlasst und haben sie dafür auch von Frau Ministerin Fleming eine Auszeichnung bekommen. Jetzt den anderen Teil des Kaisertales „Außer-Nutzung“ zu stellen, hat nichts damit zu tun, wer es bewirtschaftet. Es hat ja auch einen Sinn, warum die Stadtwerke es bewirtschaften, denn es gehört betriebswirtschaftlich ordentlich geführt und nicht mit „Freunderlwirtschaft“ vergeben. Insgeheim wissen alle, um wen es geht, es geht um einen Sympathieträger. Die Forstwirtschaft ist zu wichtig, als dass man wegen Sympathieträger entsprechende Dinge wieder auflösen sollte, die vernünftig sind. Vom Ökologischen her ist es überhaupt nicht nötig, den Vertrag aufzukündigen. Unser größeres Problem im Kaisertal ist, dass die Fichte im oberen Bereich Vorderkaiserfelden nichts zu suchen hat. Es war ein Versehen der Bewirtschaftung, an dem man sehen kann, dass Forstwirtschaft hundert Jahre vorausschauend sein soll und nicht einfach auf politischer Ebene schnell einmal wichtig sein. Wenn wir jetzt nicht entsprechend anbauen, werden wir auf der Höhe von Vorderkaiserfelden in fünfzig Jahren keinen einzigen Baum mehr haben. Die Fichte stirbt, das ist das Thema, das vor 120 Jahren für uns entschieden wurde. Wenn eine Fichte bei einer Humusschicht von 15 cm umfällt und danach Regen fällt, verkarstet diese Region und wir haben irgendwann auch einen Wilden Kaiser im Zahmen Kaiser. Der Vorwurf, dass die Stadtwerke das Kaisertal exzessiv bewirtschaften, stimmt nicht, denn das ist im Kaisertal nicht möglich und die Aussagen sind nicht wahr. Er würde ersuchen, diesen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen, da verschiedenste Dinge, wie die Bewirtschaftung, die Quellmenge, die Wasserentnahmen noch genau abzuklären sind. Der Forst ist ja mehr als nur das Kaisertal und er möchte hier auch den Stadtberg, den Zellerberg, den Bereich Hechtsee und Thierberg in Erinnerung rufen. Er ersucht zumindest den Forst hier unpolitisch zu betrachten und sachlich zu

analysieren, was möglich ist und sich hierzu die nötige Zeit zu nehmen, um sich entsprechend einzuarbeiten und entscheiden, wenn ein Gesamtkonzept vorliegt.

GR Gfäller-Einsank findet es interessant, dass man sich hier auf ein Gutachten stützt, das aussagt, dass die derzeitige Nutzung die beste Variante ist. Hier hat er ein Problem, wenn man sich auf ein Gutachten stützt, das das Gegenteil aussagt, von dem was man beabsichtigt zu machen. Ein weiteres Problem ist die Personalsache, die für ihn im öffentlichen Teil nichts verloren hat. Personalsachen gehören nicht in die öffentliche Gemeinderatssitzung.

Der Bürgermeister wundert sich, denn es müsste GR Gfäller-Einsank als Sozialisten Recht sein, dass wir nicht gedenken das Personal auf die Straße zu setzen, sondern es zurückholen.

GR Alexander Gfäller-Einsank geht es hier um die grundsätzliche Sache, dass er Personalangelegenheit nicht im öffentlichen Teil behandeln möchte und da es ein Teil dieses Antrages ist, hat er damit ein Problem.

GR Birgit Obermüller BEd MA hält fest, dass es überhaupt nicht darum geht, den Stadtwerken etwas vorzuwerfen. Dass die Geschäftsführer der Stadtwerke den Forst profitabel gestalten sei ihnen zugestanden. Es geht hier viel mehr um den Umweltaspekt. Wir hören die Diskussionen und sehen die Zahlen und stellen uns die Frage, warum so viel Eingriff in das Kaisertal sein muss, wenn schlussendlich nur eine schwarze Null herauskommt. Wir haben es uns alle angesehen und verschiedene Meinungen gehört und es geht jetzt wirklich darum, dass in Zeiten der Klimaerwärmung diese hohen Holzernten sinnlos erscheinen. Es geht überhaupt nicht darum irgendwelchen Sympathieträgern oder Zuflüsterern zuzuhören, sondern sind wir alle fähig uns eine Meinung zu bilden und in Zeiten des Klimanotstandes und des Umweltschutzes Maßnahmen zu treffen. Der Punkt Wasserrecht muss neu ausverhandelt werden, aber da sieht sie kein großes Problem. Sie ist der Meinung, dass es sich die Presse nicht erlauben kann, etwas Unrecherchiertes öffentlich preiszugeben. Ob es dort Straßen gibt, die es vorher nicht gegeben hat, das müssen andere beurteilen und da muss es natürlich Gutachten geben. Es ist eine völlig falsche Darstellung, dass wir den Stadtwerken irgendetwas Schlechtes wollen, es geht schlichtweg darum, dass wir den Klimanotstand ernst nehmen.

GR DA Costa begrüßt diesen Antrag und erinnert, dass wir den Klimanotstand beschlossen haben und von dem her sind sie froh über die Nachhaltigkeit der „Außer-Nutzung-Stellung“.

GR Hermann Simon Huber zum zweiten Mal möchte die Wirtschaftlichkeit erklären. Es ist wirtschaftlicher wenn die Stadtwerke in ihrer Gebietsstruktur es machen, als die Stadtgemeinde Kufstein einen Teil in der Verwaltung macht. Er kann auch beantworten, warum im Kaisertal nur eine schwarze Null herauskommt. Es liegt daran, dass es ökologisch bewirtschaftet wird. Umweltschutz und Klimanotstand gehen nur in Einheit mit einer ökologischen und ökonomischen Bewirtschaftung, da es sonst nicht funktionieren würde. Die Außer-Nutzung-Stellung bedarf bis es soweit

ist, einer entsprechenden Bewirtschaftung für die Übergangsphase. Es gibt im Kaisertal mehrere Grundeigentümer auch diese haben entsprechende Einschlagsmengen, das sind die Hiebssätze die von der Bezirksforstinspektion in der Forsttagssatzung festgestellt werden. Es wird sehr intensiv und gut bewirtschaftet und darum ist das Kaisertal noch ein Juwel. Es gibt private Grundeigentümer die einzelne Großparzelle nicht mehr bewirtschaften, da es sich nicht rechnet. Er hebt noch einmal die Vorzüge der Stadtwerke als beste Führung hervor, ohne die politische Einflussnahme. Man kann bei den Stadtwerken als einzelner keine politische Einflussnahme nehmen und dadurch gibt es auch keine „Freunderlwirtschaft“. Jeder Mandatar kann durch die Generalversammlung der Stadtwerke seine Wünsche und Anregungen an die Geschäftsführung einbringen. Er ist der Meinung, dass eine Verbesserung durch die Änderung der Organisation in keinem Fall zu tragen kommt, dass ist „Augenauswischerei“ und Polemik.

Der Bürgermeister möchte Stellung nehmen, da er von GR Mag. Salzburger ja fast der Unwahrheit bezichtigt wurde. Er erklärt, dass er als Parteifreier einen riesengroßen Vorteil hat, da er an keine Partei gebunden ist. Er kann daher Vorschläge von allen Parteien gutheißen. Zunächst war es GR Huber, der bereits vor Jahren vorschlug, über eine GesmbH-Lösung den Forst zu betreiben. Es wurde durchgesprochen und er hat den Vorschlag aufgegriffen und die Stadtwerke wurden „privatisiert“, obwohl die Stadtwerke zu 100% in unserem Eigentum stehen. Der zweite Vorschlag, deshalb findet er auch die Wortmeldung von GR Mag. Salzburger eher seltsam, kam von der ÖVP. Es war vielleicht keine Idee von GR Mag. Salzburger, er erinnert sich, dass es der Forstreferent Peter Hechenbichler und Josef Wagner waren. Er hatte bis dahin nicht gewusst, dass eine „Außer-Nutzungs-Stellung“ überhaupt möglich ist. Er fand den Vorschlag sehr gut, vielleicht war es das, was GR Mag. Salzburger nicht gefiel. Es war einer der besten Vorschläge seit langer Zeit und er wollte dem nachgehen. Da keine weiteren Meldungen mehr kamen, hat er mit den Stadtwerken gesprochen, ob es nicht eine machbare Idee wäre. Daraufhin wurde die Firma Revital beauftragt, in einer völlig unverdächtigen Zeit, in der der Rückwärtssalto der anderen Parteien noch nicht einmal am Horizont zu sehen war. Es kam ein Gutachten, in dem steht, dass ein vernünftiger Überführungszeitraum, unter Abwägung ökonomischer und ökologischer Argumente, 25 Jahre betragen würde. Was für ihn schon eine Antwort darauf ist, warum es ihm sinnvoll erschienen wäre im Jahr 2020 eine Liegenschaft an die Stadtwerke zu verkaufen und damit € 1,5 Mio. für das Budget zu lukrieren. Wir im Gemeinderat werden die Fertigstellung dieses Projektes vielleicht physisch aber sicher nicht mehr politisch erleben. Es handelt sich um ein Zukunftsprojekt. Er findet, wie auch schon von GR Obermüller gesagt, wenn es um Klimaschutz geht, kann nicht das Ökonomische im Vordergrund stehen. Es wurde vereinbart, ein Gespräch zu führen und dann kam die Coronazeit und hat es zu diesem Zeitpunkt keinen interessiert. Dieses Gespräch wurde noch gar nicht geführt, und er wurde schon beschuldigt aus reiner Geldgier den ganzen Kaiser umzuschneiden. Obwohl man weiß, dass er jahrelang überlegte, was er dem Gemeinderat vorschlagen soll, dass wir im Kaisertal gar kein Geld mehr verdienen. Er wird solche unglaublichen Verdrehungen auch nicht auf sich sitzen lassen. Für ihn ist die ökonomische Seite völlig unbedeutend, und ist nicht der Meinung, dass wir mit Holz oder vielleicht sogar noch mit Schotter Geld verdienen müssen. Wenn jetzt nun alle der Meinung sind, dass es wieder die Stadt verantworten soll, ist er der Letzte der sich dagegenstellt. Aber dass er seine Meinung wegen eines Zeitungsartikels geändert hätte, ist nicht richtig. Im Juni 2019 haben die anderen Fraktionen über das Kaisertal noch nicht nachgedacht. Es handelt sich hierbei um einen wirklich unzulässigen Vorwurf.

Natürlich bedingt dieser Vorschlag nicht automatisch, dass ihn nicht auch die Stadtwerke umsetzen könnten, die beiden Sachen sind nicht deckungsgleich. Aber die politischen Diskussionen, dass die Stadtwerke es weiter machen müssen will er gar nicht führen. Ihm geht es vielmehr darum, dass das Klimaschutzprojekt so rasch wie möglich umgesetzt wird. Es wurden mit einem Gebietsbetreuer Gespräche geführt über mögliche Landesförderungen im Fall eine „Außer-Nutzung-Stellung“, und über mögliche Habitats die im Kaisertal für bestimmte Tierarten geschaffen werden könnten. Er glaubt schon, dass es möglich ist mit einer heutigen Beschlussfassung, bis zum 31.03.2021 mit einer Gesellschaft, die ja nicht unser Gegner ist, sondern uns gehört, ein Übereinkommen einer ordnungsgemäßen Abwicklung zu finden. Personaltechnisch müssen die Dienstnehmer die Sicherheit haben, auf jeden Fall bei der Stadtgemeinde weiterzuarbeiten. Es gehört dazu, denn die Auflösung des Pachtvertrages bedeutet die Rückführung des Personals. Hätte wir es nicht in den Beschluss aufgenommen, hätte GR Gfäller-Einsank zu Recht behauptet, dass wir nicht an das Personal denken. Wenn es nach ihm geht, hat das Personal 100%ige Sicherheit wieder bei der Stadt Kufstein arbeiten zu können. Er hat sich nie damit befasst, dass von 900 Festmeter der Einschlag auf 1.400 Festmeter gesteigert wurde. Er hat es nicht hinterfragt, er hat nur gesehen, dass wir vorher immer ein Minusbudget hatten, was dann nicht mehr der Fall war und es wohlwollend zur Kenntnis genommen hat. Es wurde aber von seiner Seite aus nie bei einer Generalversammlung gefordert, dass die Gewinne im Kaisertal maximiert werden sollen. Die Stadtwerke haben als GesmbH völlig ordnungsgemäß gearbeitet und haben bei weitem nicht das Maximum herausgeholt, das möglich gewesen wäre und haben somit auch ökologisch gehandelt. Der Vorwurf der Unwahrheit trifft ihn in keiner Weise, das möchte er hier noch einmal bekräftigen, denn er lässt sich nicht von GR Mag. Salzburger in der Öffentlichkeit unsachlich beschuldigen, wenn dieser nicht weiß wovon er redet.

GR Mag. Richard Salzburger antwortet auf die Aussage, dass sie im Juli 2019 noch keine Idee gehabt hätten, dass im Gutachten steht, dass Peter Hechenbichler damals die Idee gehabt hätte, einen Teil des Kaisertals „Außer-Nutzung“ zu stellen. Sie wollen hier auch die Stadtwerke aus dem Spiel nehmen, denn die machen, was sie machen müssen. Er fragt sich, welchen Vorteil der Verkauf von 500 ha im Kaisertal für die Stadt gehabt hätte, als einen ökonomischen. Es ist darum gegangen für das Budget einen Betrag zu lukrieren, was wirtschaftlich ein völliges Desaster gewesen wäre. Dieser geplante Verkauf wurde ihnen 14 Tage vor dem Zeitungsartikel über die Pachtvertragsauflösung, mitgeteilt. Das ist es, was er schwarz auf weiß aus den Medien entnehmen kann.

Der Bürgermeister erklärt, dass der ökonomische Grund nicht von der Stadt Kufstein gekommen ist, sondern von den Stadtwerken Kufstein. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Stadtwerke wollten den Erlös aus der Verpachtung verbessern und gleichzeitig einen Teil des Trinkwasserschutzgebietes im Eigentum haben. Wie man weiß, sind die Stadtwerke seit hundert Jahren für unser Trinkwasser zuständig. Zusätzlich hätte die Stadt den Vorteil gehabt, dass wir steuerlich sehr günstig, da es ein Kauf gewesen wäre, € 1,5 Mio. für unser Budget gehabt hätten. GR Mag. Salzburger war damals noch der Meinung, dass man kein Theater machen sollte, dass Corona in 2 Monaten vorbei sei. Jetzt sieht man, dass es nicht so ist. Wir hätten als Stadt das Geld gut gebrauchen können, was nicht mehr geschieht, da wir wieder Eigentümer sind und die Überführung des Forstes in die Nichtnutzung würde

dann 25 Jahre dauern. Er war der Meinung es müsste schneller gehen, denn, wenn wir es beschließen, würden wir es auch noch gerne erleben.

GR Mag. Richard Salzburger stellt sich die Frage, warum man nicht mit offenen Karten spielt und alle Fakten auf den Tisch legt. Ungefähr 5 Jahre läuft der Pachtvertrag mit dem jetzigen Pächter. Er stellt sich vor, mit der „Außer-Nutzung-Stellung“ ist es mit der Jagd vorbei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich nicht so verhält und Herr Henkel der größte Befürworter einer „Außer-Nutzung-Stellung“ ist. Die Auflösung des Pachtvertrages ist auch nicht die juristische Voraussetzung für eine „Außer-Nutzung-Stellung“. Die wird nach erteilter Bewilligung in Schritten erfolgen in einem Zeitraum von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten. Er hofft, dass wir auch noch etwas davon erleben werden, weshalb ihm 25 Jahre zu lange erscheinen. Wenn wir gute Pachtverträge im Forst haben, nutzt es auch der Stadt Kufstein, da wir eine Einheit sind mit den Stadtwerken. Wir können sachlich ja einer Meinung sein, er möchte nur nicht haben, das GR Mag. Salzburger ihm öffentlich vorwirft, dass er die Unwahrheit erzählt. Er bestreitet auch in keiner Weise, dass es eine Idee vom Forstreferenten war.

StR Walter Thaler bittet, dass man wieder zurückkommen soll, zu dem was eigentlich gewollt wird, der „Außer-Nutzung-Stellung“. Es wurde mit Grundeigentümern gesprochen und seine Fraktion ist für diesen Beschluss und er hofft auf eine breite Mehrheit. Er möchte noch festhalten, dass die Stadtwerke gute Arbeit geleistet haben und ihnen jetzt nicht der „Schwarze Peter“ zugeschoben wird, denn dass sie ein Plus erwirtschaften wollen ist klar.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmungsergebnis: 20:1
(Hermann Simon Huber)

Zu Punkt 5) der Tagesordnung:

Keine sonstigen dringenden Tagesordnungspunkte

Zu Punkt 6) der Tagesordnung:

Es sind keine Anfragebeantwortungen offen.

Zu Punkt 7) der Tagesordnung:

GR Victoria Da Costa verliest den Resolutionsantrag des OGF betreffend Schutzsuchende, besonders aus griechischen Flüchtlingslagern (Beilage III).

Vbm. Mag. Hannes Rauch ist über diesen Antrag sehr verwundert, da es einen gültigen Parlamentsbeschluss gibt, mit den Stimmen der Grünen und der ÖVP. Wenn es einen gültigen Parlamentsbeschluss gibt und man trotzdem in einem Gemeinderat einen Beschluss herbeiführen will, versteht er das nicht. Man sollte auch nicht so tun, als ob Österreich nicht hilft. Österreich hat in den letzten fünf Jahren 200.000 Menschen aufgenommen. Österreich ist in der EU auf Platz 2, was die Kopfquoten pro eine Million Einwohner betrifft, wenn es darum geht Asyl zu geben. Österreich hat im Jahr 2020 bis jetzt 3.700 Menschen aus Krisenregionen aufgenommen. Diese Zahlen sprechen für sich und zur Beruhigung des eigenen Gewissens sozusagen jetzt noch Almosen zu vergeben und 50 oder 100 Kinder zu holen ist nicht richtig. 17 EU-Staaten nehmen keine Flüchtlinge aus Moria auf. Die Situation ist dramatisch und Österreich hat sofort vor Ort durch Hilfspakete mit der Hilfe begonnen. Allein im Libanon sitzen rund 2,5 Mio. Menschen fest, was auch nicht gerecht ist. Und da muss er sich schon fragen was die Grünen im Parlament beschlossen haben mit der Ausrede, es nur getan zu haben, weil sie die ÖVP als Koalitionspartner haben. Er möchte das schon noch dazu sagen, bei den Aufsichtsräten in sämtlichen Staatsbetrieben ist man dann nicht mehr so arm, da macht man dann Personalpolitik, da werden Posten besetzt, so etwas hat es in der zweiten Republik noch nie gegeben.

GR Birgit Obermüller BEd MA möchte als Obfrau des Integrationsausschusses etwas ausführen. Kurz vor Corona wurde sie von der Tiroler Tageszeitung gefragt, wie sie dazu stehen würde, wenn Kufstein wieder ein Flüchtlingsheim bekommen sollte. Sie hat darauf geantwortet mit den Erfahrungen die letzten Jahre als es ein Flüchtlingsheim gab und den Erfahrungen mit der TSD. Das Problem sind die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund Land und Kommune. Wir haben damals kritisiert, dass wir mehr Einflussnahme haben wollen, in das Leben dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, da es Probleme mit den Nachbarn gab, aufgrund Beschwerden wegen Lärmbelästigung. Man wollte sich mehr einbringen und das Land war der Meinung, dass es uns nicht angeht, da es ihre Agenda sei. In der TT wurde es so ausgelegt, dass sie nicht aufzeigen würde, wenn in Kufstein wieder ein Flüchtlingsheim entstehen sollte. Leider hat man als Politikerin nicht immer Einfluss welche Worte oder Satzteile veröffentlicht werden. Daraufhin kamen Aussagen wie „du schämst dich für deine Aussage“ und es kamen auch schon Anfragen gewisser Kommunalmedien an sie. Bevor man sie weiter auseinandergenommen hat, kam dann Corona und die Medien hatten wichtigeres zu schreiben. Faktum ist, dass die Flüchtlingskrise in Moria eine humanitäre Katastrophe ist. Sie ist auf alle Fälle dafür, dass wir uns stark machen sollten und wenn es notwendig ist auch Unterkünfte zur Verfügung stellen. Sie teilt aber auch die Meinung von Vbm. Mag. Rauch, dass es sehr seltsam erscheint, dass die Grünen diesen Antrag einbringen, wo sie Parlament in Wien alle sitzen bleiben. Es geht hier um ein Zeichen Richtung Wien, damit dort ein Umschwenk stattfindet. Die Vorgangsweise ist allerdings verwunderlich, dass der Kufsteiner Gemeinderat dieses

Zeichen setzen soll, wenn die eigenen Grünen es nicht tun. Sie ist trotzdem dafür und hat immer darauf hingewiesen, dass es ganz wichtig ist, dass Qualität in der Flüchtlingsbetreuung stattfindet. Es wurde übersehen, dass die minderjährigen Flüchtlinge erwachsen wurden und wir ihnen keine Wohnungen anbieten konnte. Es wurden nur kurzfristige Übergangslösungen gefunden und sie von Heim zu Heim hin und her geschickt. Sie findet, dass das die Dramatik der Flüchtlingspolitik ist und Kufstein kann wenig dazu beitragen, da es eben diesen Verteilungsschlüssel nicht gibt. Auch sind die städtischen Ballungszentren total überfordert mit Schulplätzen, Wohnung usw. Das dramatischste, dass sie in der Schule erlebt hat, war, dass Kinder einer Flüchtlingsfamilie innerhalb von zwei Jahren sechs Schulen besucht haben. Sie ist der Meinung, dass die TSD schon lange neue Konzepte vorlegen könnte, wie es besser funktionieren sollte und der Bund könnte Verteilungsschlüssel organisieren, aber grundsätzlich hält sie die Resolution angesichts dieser humanitären Katastrophe für sehr sinnvoll.

Vbm. Brigitta Klein fehlen die Worte und ist der Meinung, dass es absolut verwunderlich und erschreckend ist, dass die grüne Politik in Kufstein versucht, Stimmung zu machen für das, was in Wien passieren soll. Es ist unglaublich, dass jetzt der Kufsteiner Bürgermeister nach Wien marschieren soll um zu sagen, dass etwas geschehen muss. Sie ist entsetzt, dass man das, was da in der Welt passiert, in Kufstein als Politik ansieht und fordert, dass wir etwas machen müssen. Sie ist überzeugt, wenn die Bundesregierung dazu steht, dass wir Flüchtlinge aufnehmen, dass viele bereit sind sich zu melden und jemanden aufnehmen. Aber das muss für alle Länder gleich sein.

GR Hermann Simon Huber stellt fest, dass GR Da Costa letztendlich an uns appelliert hat etwas zu tun. Diesen Apell kann er teilen, er würde jederzeit für einen Jugendlichen sorgen, er fühlt sich durch diese armen Menschen in seiner Grundfreiheit und seiner Existenz als Staatsbürger nicht bedroht. Wenn die Kollegin einen Brief schreibt gegen diese Missstände und uns um Unterstützung bittet, sollten wir sie unterstützen. Als Mensch unterstützt er es allemal. Wenn sie in ihrer Partei keinen Rückhalt hat, ist es ihr Problem, aber es handelt sich um ein zutiefst menschliches und kein politisches Anliegen. Wir können es an Herrn Vizekanzler Kogler schicken und hoffen, dass es eine Besserung für die Menschen gibt und einstweilen haben wir unsere Tätigkeit getan. Kufstein ist bekannt für Menschen die immer wieder positiv aufgenommen wurden, wenn wir an die verschiedensten Krisen denken. Wir sind eine Stadt, die aus vielen Menschen besteht, die vertrieben wurden, wenn man an die Südtiroler Siedlung und die Friedenssiedlung denkt.

Der Bürgermeister ist wirklich der Meinung, dass man Kindern dort helfen sollte und findet es eine Schande, was derzeit passiert. Es ginge um hundert Kinder für die die Stadt Wien ihre Zustimmung gegeben hat. Man muss niemanden Flüchtlinge aufzwingen, aber wenn jemand sagt, dass er sie nehmen würde und sie dürfen nicht einreisen, findet er es unsäglich. Es ist eine Schande, dass man sich hier nicht durchsetzt und wenn man sich schon nicht durchsetzt, keine Konsequenzen zieht. Wenn Wien 100 Kinder aufnimmt, würde es in Kufstein genau eine Person sein und sollte sich niemand finden, würde er sie aufnehmen. Kufstein selbst hat allerdings keine Kapazitäten, da es kein städtisches Flüchtlingsheim oder ähnliches gibt. Es müsste tatsächlich jemand diesen Flüchtling zu sich nach Hause nehmen.

GR Birgit Obermüller BEd MA verliest die Anfrage betreffend den Operettensommer (Beilage IV)

GR Alexander Gfäller-Einsank verliest den Antrag der SPÖ betreffend Ausbau bzw. Erweiterung des öffentlichen Verkehrs (Beilage V)

Der Bürgermeister verweist auf die Veranstaltung dieses Thema betreffend vor kurzem im Stadtsaal.

GR Alexander Gfäller-Einsank teilt mit, dass er diese Veranstaltung besucht hat und aufgrund dieser Veranstaltung hat er seinen Artikel im Stadtmagazin geschrieben und diesen Antrag aufgebaut. Es sind dort sehr viele schöne Worte gefallen, aber jetzt müssen Taten folgen.

Der Bürgermeister gratuliert

Mag. Karin Eschelmüller zum Geburtstag am 06.10.2020

Der Bürgermeister begrüßt Frau Mag. Fiona Arnold, die mit Anfang nächsten Jahres die Nachfolge von Stadtamtsdirektor Mag. Helmut Kopp antreten wird und heißt sie herzlich willkommen.

Der Vorsitzende schließt um 18:45 Uhr die 5. Gemeinderatssitzung.

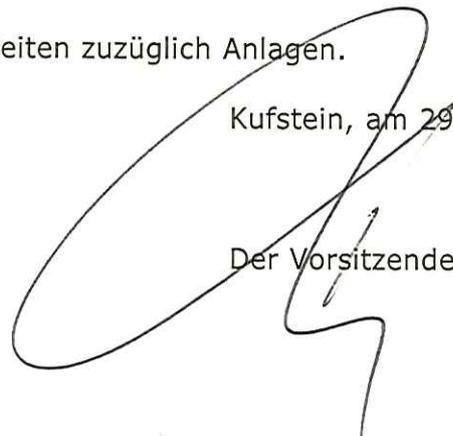
Die Niederschrift der Sitzung umfasst 21 Seiten zuzüglich Anlagen.

Kufstein, am 29.10.2020

Der Schriftführer:



Der Vorsitzende:



Die Protokollprüfer:

